



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 19.12.2007
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger ab TOP 6 b)
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen bis 13.20 Uhr
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Rolf Hüchting
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee bis 13.20 Uhr
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik

Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl bis 13.05 Uhr
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph bis 13.20 Uhr
Abg. Joachim Schulz
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD Heinz Peimann
KVD'in Heike von Ostrowski bis TOP 16
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. André Beyer
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages am 19.09.2007
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Andre Beyer
 - a) Feststellung der Voraussetzungen nach § 32 Abs. 2 NLO
 - b) Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten gem. § 39 Abs. 1 NLO und Pflichtenbelehrung nach § 23 NLOVorlage: 2006-11/0344

- 7** Umbildung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2006-11/0345
- 7.1** Neubesetzung von durch den Landkreis in Verbänden und Institutionen zu besetzenden unbesoldeten Stellen; hier: Aufsichtsrat der Schulgenossenschaft Eichenschule Scheeßel eG
Vorlage: 2006-11/0385
- 8** Achte Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten
Vorlage: 2006-11/0310
- 9** Änderung des Gebührentarifs der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungsbereich vom 19.10.1999
Vorlage: 2006-11/0369
- 10** Vorläufige Entgeltvereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst
Vorlage: 2006-11/0357
- 11** Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst und den Krankentransport im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0358
- 12** Richtlinie zur Förderung in Kindertagespflege; hier: Änderung bzw. Ergänzung der Richtlinie
Vorlage: 2006-11/0327
- 13** Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel
Vorlage: 2006-11/0352
- 14** Preisprüfung Thermische Verwertung einschl. Auswirkung auf die Gebührensätze der Abfallwirtschaft
Vorlage: 2006-11/0370
- 15** Einrichtung einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0348
- 16** Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2008 und Stellenplan 2008
Vorlage: 2006-11/0374
- 17** Haushaltsüberschreitungen
- 17.1** Einzelentscheidung; hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2313.940000 - Baukosten, LK-Anteil (150), Gymnasium Sottrum
Vorlage: 2006-11/0376
- 17.2** Einzelentscheidung; hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2311.946000 - Baukosten, LK-Anteil (151), Ratsgymnasium Rotenburg (Wümme), Außenstelle Visselhövede
Vorlage: 2006-11/0319
- 17.3** Einzelentscheidung; hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2810.940000 - Baukosten, LK-Anteil (153), KGS Tarmstedt
Vorlage: 2006-11/0375

- 17.4** Einzelentscheidung hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 7201.715000
- Verzinsung Forderung Abfallwirtschaft
Vorlage: 2006-11/0379
- 17.5** Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0299/1
- 18** Verwendung des Ergebnisses des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2005
Vorlage: 2006-11/0373
- 19** Betrieb Rettungsdienst: Jahresabschluss 2006/Ergebnisverwendungsbeschluss
Vorlage: 2006-11/0354
- 20** Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2005 des Landkreises Rotenburg (W.)
Vorlage: 2006-11/0290
- 21** Zuständigkeit in Personalangelegenheiten
Vorlage: 2006-11/0258/1
- 22** Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschafts-
schutzgebieten
Vorlage: 2006-11/0309
- 23** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.12.2007: Sachstandsbericht des Landrates zum
Konflikt mit der SRH über die Kosten der Müllverbrennung
Vorlage: 2006-11/0381
- 24** Anfragen
- 25** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsge-
mäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abg. Graf von Bothmer, Gebers und Sonnenwald fehlen entschuldigt, Abg. Beyer ist ebenfalls nicht anwesend. Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass in der Sitzung des Kreisausschusses am 05.12.2007 Einvernehmen darüber bestanden habe, den TOP 22 der heutigen Kreistagsitzung in niederdeutscher Sprache zu behandeln.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann erklärt, die Schulgenossenschaft Eichenschule Scheeßel habe mit Schreiben vom 12.12.2007 mitgeteilt, dass die Vertreter des Landkreises im Aufsichtsrat der Schulgenossenschaft bis zur nächsten Generalversammlung am 23.01.2008 neu zu benennen seien. Aus diesem Grund solle der Tagesordnungspunkt 7 „Umbildung von Ausschüssen und Gremien“ um den Punkt 7.1 „Neubesetzung von durch den Landkreis in Verbänden und Institutionen zu besetzenden unbesoldeten Stellen; hier: Aufsichtsrat der Schulgenossenschaft Eichenschule Scheeßel eG“ ergänzt werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages am 19.09.2007**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages am 19.09.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Luttmann weist zunächst auf die an die Abgeordneten verteilten Tischvorlagen hin. Es seien eine Übersicht über die Arbeitslosenzahlen für den Monat November 2007, ein Informationsblatt der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden sowie aktuelles Informationsmaterial der Metropolregion Hamburg auf den Tisch gelegt worden.

Anschließend trägt der **Landrat** vor, seit der letzten Kreistagssitzung am 19.09.2007 sei der Kreisausschuss am 10.10.2007 und 05.12.2007 zu Sitzungen zusammengetreten.

Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Die Option, den am 01.05.2004 geschlossenen Vertrag über die Anmietung von Büroräumen im Puls-Center, Große Straße 49 in Rotenburg (dort untergebracht sind das Schulverwaltungs- und Kulturamt sowie das Rechnungsprüfungsamt), zu den gleichen Bedingungen ab dem 01.05.2009 um weitere fünf Jahre verlängern, werde nicht ausgeübt.
2. Im Rahmen der Entscheidung über die Verwendung von Verwarnungs- und Bußgeldern für Verkehrsicherheitsmaßnahmen seien die Anträge der Gemeinde Hassendorf und der Stadt Visselhövede auf Gewährung von einmaligen Zuschüssen für Straßenbaumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Hassendorf und Wittorf abgelehnt worden.
3. Den Anträgen der Gemeinden Gnarrenburg, Tarmstedt und Zeven auf Beteiligung des Landkreises an den Kosten der Schnellbuslinie 670 (Bremen-Worpswede) bzw. 630 (Zeven-Tarmstedt-Bremen) sei zugestimmt worden. Die Kostenbeteiligung des Landkreises betrage 50% der zum Betrieb dieser Linien von den Gemeinden aufzuwendenden Kosten.
4. Der Landkreis fördere den Betrieb von Jugendwerkstätten und Maßnahmen zur Integration durch freie Träger. In den Jugendwerkstätten könnten junge Menschen, die den Schulbesuch verweigern oder die Schule vorzeitig ohne Abschluss abbrechen, sozial, schulisch und beruflich wiedereingegliedert werden sowie Schulabschlüsse nachholen.

Ebenso werde der Landkreis einen oder mehrere Träger mit der Einrichtung von Pro-Aktiv-Centren (für Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis unter 27 Jahren ohne Ausbildung und Arbeit) an mindestens 2 Standorten im Landkreis (nach Ausschreibung) beauftragen. Die für diese Maßnahmen bereitgestellten Mittel seien im Haushaltsplanentwurf 2008 enthalten.

5. Im Rahmen der Kulturförderung sei über zunächst zurückgestellte Förderanträge für das Jahr 2007 entschieden worden. Danach erhalte der Heimatverein Nieder Ochtenhausen e. V. für die Translozierung einer Remise einen Abschlag von 7.517,81 Euro. Dem Verein zur Dorf- und Heimatpflege Hesedorf bei Gyhum e. V. werde für den Bau eines Holz- und Wagenschuppens eine Zuwendung von maximal 2.000 Euro bewilligt. Der Antrag des Heimatvereins Wittkopsbostel e. V. auf eine Zuwendung für die Errichtung eines Glockenturms sei zunächst erneut zurückgestellt worden.
6. Dem Antrag der Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) auf Beschulung des Ausbildungsberufes der Berufskraftfahrer zum Schuljahr 2008/09 sei zugestimmt worden.
7. Der Vertrag über die Verwertung kompostierbarer Abfälle zwischen dem Landkreis und der ZEKO in Gnarrenburg ende am 30.06.2009. Die zukünftige Verwertung der Grünabfälle werde unter Einbeziehung der weiteren Nutzung der Kompostierungsanlage in Gnarrenburg-Karlshöfen ausgeschrieben. Wenn eine in die Ausschreibungsunterlagen aufgenommene Wirtschaftlichkeitsgrenze überschritten werde, übernehme und betreibe der Landkreis die Kompostierungsanlage in eigener Regie.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat November 2007 seien den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.
2. Ebenfalls auf den Tisch gelegt worden seien ein Sachstandsbericht der Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg zur regionalen Zusammenarbeit und ein Exemplar einer Imagebroschüre als neues Marketinginstrument für die Metropolregion
3. Mit Schreiben vom 16.10.2007 habe die Samtgemeinde Fintel mitgeteilt, dass die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde beabsichtigten, die Zuständigkeit für Kindertagesstätten mit Wirkung vom 01.08.2008 an die Samtgemeinde abzugeben. Die Samtgemeinde beabsichtige, diese Zuständigkeit ab dem 01.08.2008 zu übernehmen und habe den Landkreis in seiner Eigenschaft als örtlicher Jugendhilfeträger um die Erklärung des Einvernehmens mit der Zuständigkeitsübertragung gemäß § 72 Abs. 1 NGO gebeten. Mit Schreiben vom 08.11.2007 sei der Landkreis dieser Bitte nachgekommen, das Einvernehmen sei erklärt worden. Mit Wirkung vom 01.08.2008 werde die Samtgemeinde Fintel daher in die zwischen dem Landkreis und den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Fintel geschlossenen Vereinbarung über die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen eintreten.
4. Ein Terminplan für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der bereits festgelegten Sitzungen der Fachausschüsse für das Jahr 2008 sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.
5. Er habe Vertreter der Bürgerinitiative zum Erhalt der Rettungswache Gnarrenburg in einem Gespräch darüber informiert, dass entsprechend einer Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Kostenträgern im Rettungsdienst Anfang des Jahres 2008 ein Gutachten in Auftrag gegeben werde, in dem der gesamte Rettungsdienst im Landkreis ein-

schließlich der Standorte der Rettungswachen untersucht würde. In diesem Zusammenhang werde auch der Standort der Rettungswache in Gnarrenburg geprüft. Kreis Ausschuss und Kreistag würden sich voraussichtlich im Herbst 2008 mit dieser Angelegenheit zu befassen haben.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten André Beyer**
a) Feststellung der Voraussetzungen nach § 32 Abs. 2 NLO
b) Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten gem. § 39 Abs. 1 NLO und Pflichtenbelehrung nach § 23 NLO
Vorlage: 2006-11/0344

a) Feststellung der Voraussetzungen nach § 32 Abs. 2 NLO

Beschluss:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Sitzverlust im Kreistag des Abgeordneten André Beyer, ehemals Rotenburg (Wümme), wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Die **Abg. Braunschurger** nimmt an der Sitzung teil.

b) Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten

Landrat Luttmann erläutert den Inhalt der §§ 20 – 22 der NLO. Anschließend verpflichtet der **Landrat** die Abg. Braunschurger förmlich, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. Die Verpflichtung wird durch Handschlag bekräftigt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Umbildung von Ausschüssen und Gremien**
Vorlage: 2006-11/0345

a) Umbildung der Ausschüsse

Beschluss:

Die personelle Besetzung der Ausschüsse wird wie folgt festgestellt:

Mitglied des Ausschusses für Abfallwirtschaft:	Abg. Hedda Braunschurger, Roten- burg (Wümme) (für Abg. Beyer)
---	--

Mitglied des Ausschusses für Sport und Kultur:

Abg. Hedda Braunschur, Rotenburg (Wümme)
(für Abg. Beyer)

Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung:

Abg. Rudolf Kahrs, Osterstedt
(für Abg. Beyer)

Stellv. Mitglied im Jugendhilfeausschuss:

Abg. Hedda Braunschur, Rotenburg (Wümme)
(für Abg. Beyer)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

b) Abgeordnete zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden

Abg. Bargfrede erklärt, die CDU/FDP-Gruppe schlage Herrn Landrat Luttmann vor.

Abg. Wölbern erklärt, die SPD-Fraktion schlage den Abg. Kullik als Vertreter für den Abg. Sonnenwald vor.

Beschluss:

Als Abgeordneter zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden für die Wahlperiode bis zum 31.12.2009 wird benannt:
Landrat Hermann Luttmann

Als Vertreter für den Abg. Sonnenwald wird benannt:
Abg. Volker Kullik

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Neubesetzung von durch den Landkreis in Verbänden und Institutionen zu besetzenden unbesoldeten Stellen; hier: Aufsichtsrat der Schulgenossenschaft Eichenschule Scheeßel eG**
Vorlage: 2006-11/0385

Abg. Bargfrede erklärt, die CDU/FDP-Gruppe schlage die Abg. Bassen und, das Einverständnis der SPD-Fraktion vorausgesetzt, den Abg. Keller als Vertreter des Landkreises für den Aufsichtsrat der Schulgenossenschaft Eichenschule vor.

Beschluss:

Die personelle Besetzung des Aufsichtsrates der Schulgenossenschaft Eichenschule Scheeßel eG wird wie folgt neu festgestellt:

1. Abg. Renate Bassen, Ostervesede
2. Abg. Karl-Hans Keller, Bothel

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 8 der Tagesordnung: **Achte Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten**
Vorlage: 2006-11/0310

Abg. Twesten bringt noch einmal ihre bereits im Kreisausschuss deutlich gemachte ablehnende Haltung zur vorgesehenen Satzungsänderung zum Ausdruck. Für den Nachteilsausgleich für eine alleinige Haushaltsführung und im sonstigen beruflichen Bereich sei bisher ein Pauschalstundensatz in gleicher Höhe gewährt worden. Zwar sei eine Anpassung dieser Regelung an die Bestimmungen der NLO erforderlich, aber die beabsichtigte unterschiedliche Bewertung halte sie auch aus frauenrechtlicher Sicht für verfehlt. Sie werde diese diskriminierende Regelung nicht mittragen. Damit sei eine Chancengleichheit für Frauen nicht mehr gegeben. Die sich für den Landkreis durch die Neuregelung ergebende Einsparung bei den zu zahlenden Entschädigungen sei nur sehr gering. Dafür würden Frauen an der Ausübung eines politischen Mandats gehindert. Eine solche Regelung sei ein falsches Signal an alle Frauen, weil damit eine gleichberechtigte politische Teilhabe verhindert werde. Hiermit würden alle bisherigen Anstrengungen in diesem Bereich zunichte gemacht.

Gleichstellungsbeauftragte Schmidt weist darauf hin, dass es zur Zeit lediglich drei Abgeordnete des Kreistages gebe, die den Pauschalstundensatz für eine alleinige Haushaltsführung geltend machen würden. Auch sie vertritt die Ansicht, dass eine sonstige berufliche Tätigkeit und die Führung eines Haushaltes nicht unterschiedlich bewertet werden dürften. In die Politik sollten sich alle gesellschaftlichen Gruppen einbringen können. Mit der vorgesehenen Reduzierung des Pauschalstundensatzes würden für Frauen keine Anreize geschaffen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Dies stehe dem Anliegen einer paritätischen Besetzung der Gremien entgegen.

Nach Ansicht des **Abg. Frick** sind Frauen und Männer von der Neuregelung gleich betroffen. Im übrigen handele es sich um einen Pauschalstundensatz, der ohne Nachweis gezahlt würde.

Abg. Bargfrede meint, seine Fraktion sei über die kontroverse Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt überrascht. Es würden keine Hausfrauen oder Hausmänner diskriminiert. Durch die Satzungsänderung werde niemand davon abgehalten, sich politisch zu engagieren. Die vorgesehene Höhe des Pauschalstundensatzes für die Haushaltsführung entspreche dem durchschnittlich gezahlten Satz in niedersächsischen Landkreisen.

Abg. Hüchting erklärt, er halte die unterschiedliche Bewertung eines Nachteilsausgleiches im Haushalt und im sonstigen beruflichen Bereich weder für gerechtfertigt noch für begründet. Frauen würden hierdurch tatsächlich benachteiligt, weil mehr Frauen als Männer einen Haushalt führten. Im übrigen vertritt er die Ansicht, der Landkreis hätte die Vorgaben der NLO in dieser Form nicht umsetzen müssen. Die EU sei diesbezüglich fortschrittlicher und es sei zu erwarten, dass diese Entwicklung auch im Landkreis Rotenburg (Wümme) ankommen werde.

Beschluss:

Die achte Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	17
Enthaltung:	3

Punkt 9 der Tagesordnung: **Änderung des Gebührentarifs der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis vom 19.10.1999
Vorlage: 2006-11/0369**

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende 2. Satzung zur Änderung der Satzung (Gebührentarif der Satzung) des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Vorläufige Entgeltvereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst
Vorlage: 2006-11/0357**

Beschluss:

Die vorläufige Entgeltvereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes wird in der vorliegenden Fassung beschlossen und gleichzeitig tritt die Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 09.12.1998 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst und den Krankentransport im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0358

Landrat Luttmann weist auf die als Tischvorlage verteilte Neufassung der Satzung hin. Diese sei in § 5 um die Regelung ergänzt worden, dass mit dem Inkrafttreten dieser Neufassung die bisherige Satzung vom 20.03.2003 außer Kraft trete.

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst und den Krankentransport im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung in Kindertagespflege; hier: Änderung bzw. Ergänzung der Richtlinie**
Vorlage: 2006-11/0327

Beschluss:

Die Richtlinie des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Förderung in Kindertagespflege gem. §§ 23 und 24 SGB VIII wird wie in der Anlage beigefügt und durch Kursivdruck gekennzeichnet, ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel**
Vorlage: 2006-11/0352

Abg. Keller erklärt, in der Eichenschule Scheeßel würden zurzeit 1.059 Schüler beschult. Dies sei eine wichtige Einrichtung für den Landkreis. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der jährliche Unterhaltungskostenzuschuss für die Schulgenossenschaft Eichenschule eG wird für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 von 315.000 € auf 320.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Preisprüfung Thermische Verwertung einschl. Auswirkung auf die Gebührensätze der Abfallwirtschaft**
Vorlage: 2006-11/0370

Landrat Luttmann weist auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu einem Sachstandsbericht zum Konflikt mit der Stadtreinigung Hamburg über die Kosten der Müllverbrennung (siehe Tagesordnungspunkt 23) hin. Ein solcher Bericht sei als Tischvorlage an die Abgeordneten verteilt worden. Aus dem seit kurzem vorliegenden Entwurf des Preisprüfungsberichtes würden sich ggf. Auswirkungen auf den Gebührenhaushalt des Abfallwirtschaftsbetriebes und den Gesamthaushalt ergeben. Für die Gebührenpflichtigen sei dies wegen der gleich bleibenden Entsorgungsgebühren ein günstiges Ergebnis, für den allgemeinen Haushalt seien die Auswirkungen dagegen nicht positiv. Die Preisprüfung werde voraussichtlich Anfang 2008 abgeschlossen sein. Sofern sich bestätige, dass ein Nachzahlungsbetrag aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren sei, werde der Abfallwirtschaftsbetrieb für den allgemeinen Haushalt in Vorleistung treten. Die Verbindlichkeiten des allgemeinen Haushalts gegenüber dem Abfallwirtschaftsbetrieb erhöhten sich um den Nachzahlungsbetrag und müssten in den Folgejahren schrittweise abgebaut werden.

Beschluss:

Die Gebührensätze der Abfallwirtschaft werden für 2008 nicht geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Einrichtung einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0348

Landrat Luttmann führt aus, ohne die Ausweisung einer zusätzlichen Stelle im Stellenplan könne die beabsichtigte Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit in der Landkreisverwaltung nicht eingerichtet werden. Im Vorfeld seien Fragen nach dem Aufgabenzuschnitt einer solchen Stelle, ob deren Einrichtung beim Landkreis sinnvoll und der Landkreis der richtige Träger für diese Aufgabe sei aufgekommen. Vertreter des Kirchenkreisamtes Rotenburg (Wümme), wo bis Ende des Jahres eine Stelle mit einem ähnlich gelagerten Aufgabenzuschnitt vorwiegend im sozialen Bereich eingerichtet sei, hätten das Anliegen an ihn herangetragen, der Landkreis solle die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit übernehmen. In einigen größeren Landkreisen, wie z. B. dem Landkreis Osnabrück, gebe es bereits eine ähnliche Stelle innerhalb der Verwaltung. Zum Aufgabenumfang solle neben der Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit im Landkreis die Unterstützung und Beratung der ehrenamtlich Tätigen bei allen Fragen zum Ehrenamt, die Hilfestellung bei Projekten z. B. in den Bereichen Sport, Kultur, Jugend sowie die Akquise von Sponsoren für die Ehrenamtskarte ge-

hören. Auch die Umsetzung des Projektes „Schutzengel“ könne dort angesiedelt werden. Im Nachbarkreis Soltau-Fallingb. habe man mit diesem Projekt bei der Bekämpfung des Anstiegs der Zahl der Verkehrstoten unter jungen Autofahrern gute Erfahrungen gemacht. Mit der Umsetzung dieses Projektes im Landkreis werde sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr Anfang Mai 2008 befassen. Die Einführung der Ehrenamtskarte sei bereits in der Sitzung des Ausschusses für Sport und Kultur ausführlich diskutiert worden. Als landesweite Merkmale der Ehrenamtskarte sei neben einem einheitlichen Layout vorgegeben, dass diese als Zeichen der Würdigung eines überdurchschnittlichen Engagements an Personen vergeben werden solle, die sich mit einer gewissen Mindeststundenzahl ehrenamtlich engagieren. Ebenso müssten die Vergünstigungen der Städte und Landkreise allen niedersächsischen Inhabern der Ehrenamtskarte gewährt werden. Über mögliche weitere Voraussetzungen könne der Landkreis entscheiden. Er sei davon überzeugt, dass die Ehrenamtskarte eine sinnvolle Form der Würdigung ehrenamtlichen Engagements sei und würde es begrüßen, wenn diese auch im Landkreis Rotenburg (Wümme) eingeführt würde. Die kommunale Ebene sei in vielen Bereichen darauf angewiesen, dass sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagierten.

Abg. Dreyer meint, er stimme der Aussage des Nieders. Ministerpräsidenten Wulff zu, Ehrenamt sei unbezahlbar und verdiene Würdigung. Genauso unterstütze er den Landrat in seinem Anliegen, mehr für die ehrenamtlich Tätigen im Landkreis zu tun. Aber er bezweifle, dass die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle in der Landkreisverwaltung dazu der richtige Weg sei. Der Ausschuss für Sport und Kultur habe die Angelegenheit beraten. Nachdem die Dezernentin III angegeben hatte, dass keine zusätzliche Stelle im Stellenplan ausgewiesen werden solle, habe man einen Kompromiss gefunden, eine solche Stelle mit dem vorhandenen Personal befristet für ein Jahr einzurichten. Dieser Empfehlung sei aber im Kreis Ausschuss nicht gefolgt worden. Nach seiner Kenntnis habe bisher kein ehrenamtlich Tätiger die Ausstellung einer Ehrenamtskarte nachgefragt. Da diese nur auf schriftlichen Antrag und für einen befristeten Zeitraum ausgestellt werde, würde nach seiner Ansicht zusätzliche Bürokratie eingeführt. Um die Ausübung des Ehrenamtes zu erleichtern nütze eine hauptamtliche Stelle zu den allgemeinen Sprechzeiten im Kreishaus wenig. Er halte es deshalb für besser, vier Ehrenamtsbeauftragte beispielsweise in Visselhövede, Rotenburg, Zeven und Bremervörde zu benennen, die den ehrenamtlich Tätigen auch an den Wochenenden vor Ort für Fragen oder Hilfestellungen zur Verfügung stehen könnten. Hierzu könne ein Betrag von 5.000 Euro als Aufwandsentschädigung im Haushalt vorgesehen werden. Ebenso könne es nicht sein, dass die Zahlung einer Aufwandsentschädigung der Ausstellung der Ehrenamtskarte entgegenstehe. Bisher hätten lediglich 15 Landkreise in Niedersachsen Interesse an der Einführung der Ehrenamtskarte angemeldet und im Landkreis Rotenburg (Wümme) würden noch keine Vergünstigungen für Karteninhaber angeboten. Wenn der Landkreis versuche, hierfür Sponsoren im Kreisgebiet zu finden, werde dies nach seiner Ansicht die bisherige Unterstützung der Firmen für die kleineren Vereine gefährden. Er schlage vor, die Ehrenamtlichen durch ehrenamtlich Tätige zu unterstützen.

Landrat Luttmann entgegnet, er habe bereits darauf hingewiesen, welche Merkmale der Ehrenamtskarte landesweit vorgegeben seien und welche der Landkreis selbst bestimmen könne. Der Landkreis werde nicht versuchen, finanzielle Mittel einzuwerben, sondern bei Einrichtungen und Firmen im Kreisgebiet um die Einräumung von Vergünstigungen für die Karteninhaber bitten.

Abg. Oetjen erklärt, es gehe hier nicht nur um die Ehrenamtskarte, sondern um die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen im gesamten Kreisgebiet. Ohne die Ehrenamtlichen könnten viele Angebote nicht aufrechterhalten werden. Mittlerweile seien dabei aber viele komplexe gesetzliche Vorschriften zu beachten. Deswegen halte er eine hauptamtliche Stelle für wichtig, um hier Beratung und Hilfestellung anbieten zu können. Hierauf seien viele kleinere Vereine angewiesen. Diese seien froh, dass der Landrat einen solchen Vorschlag unterbreitet habe. Es sei schade, dass im Kreistag hierfür offenbar kein einstimmiges Votum zustande kommen werde. Nach seiner Ansicht habe sich das Vereinsleben in den vergangenen Jahren gewandelt und die Vereine hätten zunehmend Probleme, Betreuer oder Übungsleiter zu finden. Der Vorschlag des Abg. Dreyer zur Benennung von Ehrenamtsbeauftragten könne eine sinnvolle Ergänzung zu der hauptamtlichen Stelle in der Kreisverwaltung sein. Im übr-

gen vertrete die SPD im Landtag auch die Maxime „ohne Hauptamt kein Ehrenamt“. Er sei überzeugt, dass die Einrichtung der Stelle sinnvoll sei. Die Entscheidung über deren Aufgabenzuschnitt obliege ja noch dem Kreisausschuss. Die Einführung der Ehrenamtskarte gehe auf eine Initiative der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände zurück. Er begrüße, dass der Landkreis sich für die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen einsetze.

Abg. Dr. Fröhlich meint, niemand werde sich nur wegen der Ehrenamtskarte ehrenamtlich engagieren. Es sei wichtig, dass den ehrenamtlich Tätigen Unterstützung und Hilfestellung angeboten werde und diese nicht mit ihren Problemen allein gelassen würden.

Abg. Bargfrede dankt dem Landrat für seine Initiative zur Förderung des Ehrenamtes. Bei der jährlichen Ehrung der ehrenamtlich Tätigen durch den Landkreis könne lediglich ein begrenzter Personenkreis von jeweils ca. 20 Personen ausgezeichnet werden. Mit einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit würde es möglich, das Ehrenamt auf breiter Ebene zu fördern. Es werde immer schwerer Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu finden. Deswegen halte er es für eine gute Idee, diesen Personenkreis auf diese Weise zu unterstützen. Die Anregung der SPD-Fraktion könne als Ergänzung zu einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle in Erwägung gezogen werden. Er halte es für wichtig, dass hauptamtlich Unterstützung geleistet werde. Die Initiative zur Einführung der Ehrenamtskarte sei vom Land Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden ausgegangen. Es sei schade, dass die SPD-Fraktion sich nun dagegen ausspreche. Die CDU/FDP-Gruppe werde den Vorschlag unterstützen.

Abg. Burfeindt vertritt die Ansicht, viele Ehrenamtliche würden auf die Einführung der Ehrenamtskarte warten, damit das Ehrenamt mehr gewürdigt werde.

Abg. Poredda meint, ehrenamtliche Tätigkeit setze auch Idealismus voraus. Er halte es für wichtig, dass eine hauptamtliche Kraft den Ehrenamtlichen für Hilfestellung zur Verfügung stehe. Nachdem nach einem Jahr dem Kreisausschuss ein Erfahrungsbericht vorgelegt worden sei, könne ggf. noch einmal über den Aufgabenzuschnitt beraten werden.

Nach Ansicht des **Abg. Helberg** stelle sich zum einen die Frage, ob im Wege der Bürokratisierung eine zusätzliche Stelle für ehrenamtliche Tätigkeit im Landkreis geschaffen werden solle. Er halte dies nicht für erforderlich. Weiterhin sei fraglich, ob durch die Einführung der Ehrenamtskarte das Ehrenamt wirksam unterstützt werden könne. Die in den letzten Jahren verminderte Unterstützung des Ehrenamtes auf Landesebene könne nach seiner Ansicht nicht durch die Einführung der Ehrenamtskarte ausgeglichen werden. Wichtiger sei, dass eine Förderung wieder in der früheren Höhe erfolge.

Abg. Wölbern erklärt, im Bestreben das Ehrenamt zu fördern seien sich alle Fraktionen einig. Es gebe nur unterschiedliche Auffassungen über den Weg dorthin. Seine Frage, welche Kosten die Einrichtung der zusätzlichen Stelle verursachen würde, wird vom **Landrat** mit ca. 40.000 bis 50.000 Euro jährlich beantwortet.

Abg. Wölbern führt weiter aus, die Ehrenamtskarte könne sinnvoll sein, diese müsse aber auch mit Inhalten gefüllt werden. Stattdessen sollten die Mittel besser direkt in das Ehrenamt investiert werden. Er stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, auf die Einrichtung einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle zu verzichten und stattdessen vier Ehrenamtsbeauftragte in den Städten Visselhövede, Rotenburg, Zeven und Bremervörde zu bestellen, die den ehrenamtlich Tätigen zu ehrenamtsfreundlichen Zeiten für Hilfestellungen zur Verfügung stehen könnten.

Abg. Gajdzik bringt seine Enttäuschung über die Haltung der SPD-Fraktion zum Ausdruck. Zur Förderung des Ehrenamtes sei es wichtig, eine hauptamtliche Stelle einzurichten, die den ehrenamtlich Tätigen Hilfestellung bei Problemen geben könne. Dem Vorhaben solle zunächst eine Chance gegeben werden.

Abg. Poredda meint, auch die Arbeit von vier Ehrenamtsbeauftragten müsse koordiniert werden. Eine zentrale Anlaufstelle im Landkreis würde gebraucht.

Abg. Dreyer schlägt vor, über den Antrag der SPD-Fraktion zusammen mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes meint, der Antrag der SPD-Fraktion müsse vor einer Beschlussfassung durch den Kreistag im zuständigen Fachausschuss behandelt werden.

Landrat Luttmann erklärt, der schriftliche Beschlussvorschlag sei weitergehend als der Antrag der SPD-Fraktion und damit Grundlage der Abstimmung.

Danach lässt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** über den schriftlich vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

In der Landkreisverwaltung wird eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme) eingerichtet.
Ein Jahr nach Besetzung der Stelle ist dem Kreisausschuss ein Erfahrungsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	19
Enthaltung:	1

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.30 Uhr bis 11.00 Uhr.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2008 und Stellenplan 2008**
Vorlage: 2006-11/0374

Landrat Luttmann weist auf den an die Abgeordneten verteilten aktualisierten Entwurf der Haushaltssatzung hin. In § 3 sei der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 4.030.000 Euro geändert worden. Grund hierfür sei, dass die im Haushaltsplanentwurf enthaltene Verpflichtungsermächtigung für die Autobahnanschlussstelle Elsdorf in Höhe von 530.000 Euro für das Jahr 2012 versehentlich nicht in die Satzung übertragen worden sei. Weiter sei darauf hinzuweisen, dass sich bezüglich der Neuberechnung der Verteilung von Personalaufwendungen, Abschreibungen, der Auflösung von Sonderposten und sonstigen Aufwendungen Verschiebungen zwischen Produkten und Teilhaushalten gegenüber dem Entwurf ergeben hätten. Diese seien in der Änderungsliste nicht enthalten, führten aber auch zu keinen Gesamtergebnisveränderungen.

Abg. Holsten führt aus, der vorliegende Haushaltsplan sei besonders, weil er zum ersten Mal nach dem neuen kommunalen Rechnungswesen in doppischer Form aufgestellt worden sei. Dies sei mit Nachteilen, aber doch mehr Vorteilen für die Abgeordneten verbunden. Erstmals seit vier Jahren sei der Haushalt wieder ausgeglichen. Die in den letzten Jahren vom Kreistag getroffenen Entscheidungen zur Konsolidierung hätten sich als richtig erwiesen. Nachdem für das Jahr 2007 zunächst mit einem Minus von ca. 14 Millionen Euro kalkuliert wurde, sei bereits im Laufe des Jahres abzusehen gewesen, dass sich eine Verbesserung ergeben werde. Mit dem jetzt erwirtschafteten Überschuss könnten die Kassenkredite abgebaut und den Gemeinden die vorfinanzierten Kosten für Schulbauten im Zusammenhang mit der Schaffung des gymnasialen Angebotes in der Fläche zurückgezahlt werden. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) gehöre damit zu den wenigen Landkreisen in Niedersachsen, die keine Kassenkredite mehr hätten und könne noch einen strukturellen Überschuss ausweisen.

Neben den erfolgreichen eigenen Konsolidierungsbemühungen seien die Wiedereinführung des Flächenfaktors im Finanzausgleich und die allgemein bessere Wirtschaftslage ursächlich für die verbesserte Haushaltssituation. Das Gesamtvolumen des Haushalts betrage in Erträgen und Aufwendungen ca. 214 Millionen Euro. Die Kreisumlage habe um 2 Punkte auf nunmehr 52 Punkte gesenkt werden können, dennoch erziele der Landkreis hieraus höhere Einnahmen als in 2007 mit einer Kreisumlage von 54 Punkten. Eine weitere Senkung der Kreisumlage sei nur vertretbar, wenn der Landkreis seine Schulden weiter abbauen könne.

Deswegen solle zunächst die Gesamtverschuldung des Landkreises von noch immer ca. 85 Millionen Euro auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden.

Wichtige Einnahmeeckpfeiler seien die Einnahmen im Finanzausgleich und die Erstattungen des Bundes bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Auf der Ausgabenseite ergebe sich bei den Schulen ein Zuschussbedarf von ca. 19,1 Millionen Euro, besonders im Bereich der Schülerbeförderung. Die Personalkosten beliefen sich auf 31,5 Millionen Euro, was auch auf die erstmals zu veranschlagenden Rückstellungen für Pensionen zurückzuführen sei. Nur in geringem Maße seien neue Stellenausweisungen erfolgt. Sonderfaktoren bei den Personalkosten seien die Schlachthöfe, die Kreismusikschule und die Familienservicebüros, für die aber Zuwendungen vom Land gezahlt würden. Der höhere Ansatz für Personalkosten gegenüber 2007 sei auch in der zu erwartenden Tarifsteigerung begründet.

Die Soziale Sicherung mit einem Zuschussbedarf von ca. 41 Millionen Euro stelle nach wie vor den größten Ausgabeposten dar. Ca. 70 % des Gesamthaushaltes würden für die soziale Sicherung aufgewendet. Dank der neuen finanziellen Spielräume könne die Sportförderung auf rund 500.000 Euro angehoben und die Zuschüsse an die kreisangehörigen Gemeinden für den Ausbau der Kindertagesstätten auf 235.000 Euro erhöht werden. Damit werde die Einsparung durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr in voller Höhe an die Gemeinden weitergegeben. Im Bereich des ÖPNV beteilige sich der Landkreis an den Kosten für den OsteSprinter und es werde ein Zuschuss für die Schnellbuslinien Zeven-Tarmstedt-Bremen und Gnarrenburg-Bremen geleistet. Dennoch müsse im nächsten Jahr der gesamte ÖPNV im Landkreis auf den Prüfstand gestellt werden. Dieses werde mit Kosten verbunden sein, die an anderer Stelle eingespart werden müssten. Im Kulturbereich seien besonders die Unterstützung für das Theater Metronom und für die Gedenkstätte Lager Sandbostel zu nennen. Ein Programm zur Sanierung der Moorstraßen werde aufgelegt und die Ausgaben für die Unterhaltung der Kreisstraßen aufgestockt. Ebenso werde die Wirtschaftsförderung verstärkt, Seniorenveranstaltungen würden wieder gefördert und das Ehrenamt und Familienprogramme unterstützt.

Insgesamt würden die Nettoinvestitionen deutlich auf 9,3 Millionen Euro erhöht, insbesondere in den Bereichen Straßenbau und Schulen. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf sei insgesamt positiv zu bewerten, der Landkreis tue etwas für die Zukunft. Die Realisierung der Anschlussstelle Elsdorf, für die ca. 2 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt seien, werde der Entwicklung des Landkreises und der Wirtschaftskraft zugute kommen. Eine neue Kreditaufnahme sei nicht mehr vorgesehen, dennoch beliefen sich die Tilgungsleistungen auf ca. 9 Millionen Euro. Am Ende des Jahres 2008 werde der Landkreis noch ca. 75 Millionen Euro Schulden aufweisen. Damit hätten innerhalb von 2 Jahren mehr als 20 Millionen Euro an Schulden abgebaut werden können, was eine einmalige Leistung in Niedersachsen darstelle.

Die allgemein positive Entwicklung habe es ermöglicht, die Kreisumlage auf 52 Punkte zu senken. Das kommunale Zukunftsprogramm des Landkreises sehe vor, bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen die Kreisumlage bis zum Jahr 2012 auf 47 Punkte abzusenken und gleichzeitig den Schuldenstand des Landkreises bis auf unter 50 Millionen Euro abzubauen. Der Landkreis sei sich seiner Verpflichtung gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden bewusst. Wenn das Vorhaben verwirklicht werden könne, habe man den Schuldenstand vom Beginn des Jahrhunderts erreicht. Wegen der von Bund und Land zu übernehmenden Aufgaben sei der Landkreis in den danach folgenden Jahren finanziell abgerutscht. Dies sei der beste Haushalt seit vielen Jahren, für den es in den Fachausschüssen, bis auf eine Ausnahme, keine Gegenstimmen gegeben habe. Im Finanzausschuss habe wegen einzelner strittiger Punkte leider kein einstimmiges Votum erreicht werden können. Er bedanke sich bei den Abgeordneten für die Mitarbeit in den Ausschüssen und bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es sei ein großer Aufwand und eine große Leistung gewesen, den Haushalt auf das NKR umzustellen. Er bitte alle Abgeordneten um Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf 2008. Es gehe um das Gesamtpaket und nicht um Befindlichkeiten einzelner Abgeordneter.

Für die SPD-Fraktion nimmt **Abg. Helberg** zum Haushalt Stellung. Er führt aus, seine Fraktion könne dem Haushaltsentwurf in der nach den Ausschussberatungen vorliegenden Form nicht zustimmen, weil dieser im sozialen Bereich unausgewogen sei und den notwendigen

gerechten Ausgleich zwischen dem Landkreis und den Gemeinden nicht angemessen berücksichtige. Die von seiner Fraktion kritisierten Ansätze seien bereits in der Sitzung des Finanzausschusses angesprochen worden. Er bedanke sich beim Landrat, dem Kämmerer und allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die Vorarbeiten. Der Einstieg in den doppischen Haushalt sei mit erläuternden Schaubildern und Änderungslisten erleichtert worden und die Beratungen in den Fachausschüssen seien im wesentlichen konstruktiv und offen gewesen. Dennoch habe sich seine Fraktion in einigen Bereichen inhaltlich bessere Ergebnisse gewünscht. Zur allgemeinen Finanzsituation des Landkreises sei anzumerken, dass in den Jahren von 2002 bis einschließlich 2006 aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung, der Eingriffe des Landes in den Finanzausgleich und einer verspäteten und unzureichenden Konsolidierung des Landkreises die Verschuldung auf deutlich über 90 Millionen Euro angewachsen sei. Nach wie vor gehöre der Landkreis zu den finanzschwächsten Kreisen in Niedersachsen, was auch durch die Zugehörigkeit zum Ziel 1-Gebiet erkennbar sei. Die kommunale Ebene leide an einer landesweit überdurchschnittlichen Verschuldung, für die die Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode verantwortlich sei. Eine Änderung ließe sich nur erreichen, wenn Strukturen verbessert würden und stärker als in der Vergangenheit auf Investition, Innovation und Konsolidierung gesetzt würde. Grundsätzlich bedenklich sei, dass mehr als 70 % aller Ausgaben des früheren Verwaltungshaushaltes für Pflichtaufgaben vor allem in den Bereichen Sozial- und Jugendhilfe sowie Gesundheit und Schulen aufgewendet werden müssten. Dort seien auch entsprechend hohe Zuschussbedarfe zu verzeichnen. Die Kosten für die Schülerbeförderung blieben in etwa bei der Zuschusshöhe der Vorjahre. Nachdem das Lob der CDU-Kreistagsfraktion an die Landesregierung für deren Korrekturen im Finanzausgleich schon für den Haushalt 2007 begrenzt zutreffend gewesen sei, gelte es 2008 nur noch bedingt für flächengroße Landkreise. Für die Gemeinden und einen Großteil der Landkreise dagegen gar nicht. Die negativen Auswirkungen der Eingriffe der Landesregierung in den Finanzausgleich verdeutlicht er anschließend anhand der Kürzungen der Steuerverbundquote seit 2003 und den geringeren Schlüsselzuweisungen für 2008. Hiervon seien besonders die Gemeinden betroffen, aber auch der Landkreishaushalt weise 2,5 Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen als noch im Jahr 2007 aus.

Durch die Wiedereinführung des Flächenfaktors im Finanzausgleich würden die Einnahmen großflächiger Kreise verbessert. Er hoffe für den Landkreis Rotenburg (Wümme), dass diese Regelung beibehalten werde, obwohl einige Kommunen vor dem Staatsgerichtshof dagegen Klage erhoben hätten. Er gehe davon aus, dass der Flächenfaktor Bestand haben werde, weil anderenfalls auch der Veredlungsfaktor, der Großstädte begünstige, auf den Prüfstand gehöre.

Nach Jahren defizitärer Etats habe der Haushalt 2008 ausgeglichen werden können und enthalte nach Ansicht seiner Fraktion noch Reserven. Auch deshalb müsse darauf geachtet werden, dass die Verteilungs-Symmetrie zwischen Landkreis und Gemeinden neu austariert werde. Zum Beispiel bestehe Handlungsbedarf im Bereich des Schullastenausgleichs, in dem der Landkreis den Gemeinden nur geringfügig mehr als den gesetzlichen Mindestsatz zahle. Bei der Lastenverteilung zwischen Landkreis und Gemeinden bei den Kindertagesstätten dürfe nicht vergessen werden, dass die Zuständigkeit hierfür beim Landkreis liege und die Gemeinden diese Aufgabe vertraglich übernommen hätten.

Die Pflichtaufgaben im Sozialhilfe- und Jugendhilfebereich mit ihren hohen Zuschussbedarfen belasteten den Landkreis seit Jahren. Zum Produktbereich ArRoW seien die nicht überzeugenden Aktivierungsergebnisse anzumerken. Einem hohen Mittelaufwand stehe ein zu geringer Ertrag gegenüber, wofür eine Ursache auch in der Personalstruktur gesehen werden könne. Kritik von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sei reichlich geäußert worden und müsse ernst genommen werden. Gerade in diesem Bereich müsse auf eine besondere Eignung der Mitarbeiter und Kontinuität, besonders in der Spitze, geachtet werden. Die Ansätze für die Grundsicherung, die stark abgerufen werde, seien nach wie vor sehr hoch. Durch die Beteiligung des Bundes mit zuletzt 31 % an den Unterkunftskosten sei eine finanzielle Entlastung der Landkreise gewährleistet gewesen. Die Absenkung dieser Quote mit Zustimmung der Länder auf einen Satz von 29 % könne in den kommenden Jahren zu Problemen in den Kreishaushalten führen. Grund der Misere sei, dass als Parameter im SGB II

die „Zahl der Bedarfsgemeinschaften“ aufgenommen worden sei. Diese sei insbesondere deshalb um durchschnittlich 3,7 % gesunken, weil seit Juli 2006 erwerbsfähige bedürftige Hilfeempfänger unter 25 Jahren keine eigene Bedarfsgemeinschaft mehr bildeten, wenn und solange sie noch im Haushalt der Eltern lebten. Die Gesamtkosten für Unterkunft und Heizung seien im gleichen Zeitraum um 8,4 % gestiegen. Dies könne zukünftig für die Landkreise noch teuer werden.

Die Budgetierung bei den kreiseigenen Schulen sei richtig, wenn auch kein Allheilmittel. Sie verschaffe den Schulleitern Gestaltungsspielraum und setze Einspareffekte frei. In den meisten Fachausschüssen seien die Ansätze des Entwurfs akzeptiert oder einstimmig angepasst worden. Dabei würden die vom Ausschuss für Hoch- und Tiefbau vorgeschlagenen Zuschüsse zur Sanierung der Moorstraßen ausdrücklich begrüßt, weil dadurch besondere Belastungen für die betroffene Gemeinde abgemildert würden. Auch die verbesserten Ansätze im Sport- und Kulturbereich entsprächen den Vorstellungen seiner Fraktion. Mit dem deutlich erhöhten Zuschussvolumen bei der Sportstättenförderung könnten die in der Vergangenheit zurückgestellten Anträge der Vereine bedient werden. Die Verbesserung der Zuschüsse für Übungsleiter in den Sportvereinen sei gut investiertes Geld. Mit dem Theater Metronom werde eine Einrichtung unterstützt, die ihresgleichen suche und Kultur auf hohem Niveau im ländlichen Bereich garantiere. Der Zuschuss zur Kempowski-Stiftung trage dazu bei, die Kulturstätte Haus Kreienhoop zu sichern und das Andenken des Künstlers im Landkreis zu erhalten. Er danke dem Landrat ausdrücklich für die Bereitschaft, dies als gemeinsames Anliegen der Kommunen und des Landkreises zu unterstützen. Auch mit dem Zuschuss für die Gedenkstätte Lager Sandbostel werde eine wichtige Aufgabe erfüllt.

Zur Ausweisung einer zusätzlichen Stelle für die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit merkt er an, dass nach Auffassung seiner Fraktion die Mittel besser direkt den Vereinen zugute kommen sollten, anstatt in der Bürokratie einer weiteren Stelle in der Verwaltung zu versickern. Ebenso großzügig wie in der Sportförderung hätten auch die Anträge derer, die wichtige karitative und gesellschaftlich notwendige Aufgaben übernähmen, bedient werden sollen. Wenn private Vereine oder Organisationen wie Tandem oder die Kirchen sich für zentrale Grundwerte wie Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen in der Gesellschaft stark machten, habe der Landkreis die Verpflichtung, diese dabei höchstmöglich zu unterstützen. Da es im Haushalt 2008 weder ein Einnahme- noch ein Ausgabeproblem gebe und es zudem um eher geringe Beträge gehe, sei mehr Großzügigkeit am Platze. Es handle sich um gesellschaftliche Verpflichtungen die eine angemessene Unterstützung des Staates erforderten. Es reiche nicht aus, wenn statt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung ein Fraktionsvorsitzender eine Spende leiste. Deshalb stelle die SPD-Fraktion folgende Anträge: Über die bereits jetzt vorgesehenen Zuschüsse hinaus werden weitere zusätzliche Zuschüsse beschlossen:

- a) Ev.-luth. Kirchenkreis ROW für „Lebensmittelausgabe“ = 500 Euro
- b) Tandem e.V. „Sozialer Betrieb“ = 1.500 Euro
- c) Tandem e.V. „Bremervörder Tafel“ = 1.500 Euro
- d) Selbsthilfegruppe „Opfer sexueller Gewalt“ = 600 Euro
- e) Werkstatt für Behinderte „Badenstedt“ = 20.000 Euro

Ähnliches gelte für den familienpolitischen Bereich. Für die Kindertagesstätten sei der Landkreis zuständig, die Gemeinden hätten diese Aufgabe vertraglich übernommen. Dies dürfe bei der Belastungsanalyse zwischen Landkreis und Kommunen nicht unterschlagen werden. Es bedürfe keiner Frage, dass der Landkreis die Entlastung durch das betragsfreie dritte Kindergartenjahr an die Gemeinden weiterreiche. Dies sei aber nicht mehr ausreichend, da die Vereinbarung zwischen Landkreis und Gemeinden zu einem Zeitpunkt geschlossen worden sei, als der Landkreis noch erhebliche Einnahme- und Ausgabeprobleme gehabt habe. Während der Landkreis bedingt durch den Flächenfaktor deutlich mehr Zuweisungen erhalte als beim Abschluss der Vereinbarung, gebe es diese Vergünstigung für die Gemeinden nicht. Sie bekämen sogar 6,1 % weniger Schlüsselzuweisungen als im Jahr 2007. Die Bedingungen hätten sich inzwischen so sehr verschoben, dass sich die Geschäftsgrundlage für die Vereinbarung zu den Kindertagesstätten ganz erheblich geändert habe. Dem müsse durch eine Anpassung der vertraglichen Vereinbarung Rechnung getragen werden. Deshalb

habe seine Fraktion bereits im Finanzausschuss beantragt, die Transferaufwendungen zum Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ um 1 Million Euro auf 2,5 Millionen Euro zu erhöhen. Diesen Antrag stelle die SPD-Fraktion hier erneut.

Nur wenn die Zuschüsse für die Kindertagesstätten erhöht würden sei die im Haushaltsentwurf vorgesehene Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte ausreichend. Falls diesem Antrag seiner Fraktion nicht zugestimmt werde, beantrage die SPD zur angemessenen Entlastung der Gemeinden die Senkung der Kreisumlage auf 51 Punkte.

Er habe sich in seinen Ausführungen auf einige wenige Schwerpunkte beschränkt und sei nicht auf Investitionen, Kreisschulbaukasse, ÖPNV, Regionalisierungsmittel, Jagdsteuer, Stellenplan, Sanierungsbedarfe sowie die Verschuldungsentwicklung, die Kostenproblematik im Abfallbereich, das Quotale System oder die durch den demographischen Wandel auf die Kommunen zukommenden Herausforderungen eingegangen. Einige dieser Fragen würden den Landkreis in Zukunft noch erheblich fordern.

KVOR`in von Ostrowski verlässt die Sitzung um 11.45 Uhr

Nach Ansicht des **Abg. Oetjen** ist der vorliegende Entwurf ein solider Haushalt. Der Abbau der Kassenkredite und die Rückzahlung der vorfinanzierten Schulbaukosten an die Gemeinden sei eine gute Leistung. Bei der Beurteilung der Finanzsituation müssten neben den Kassenkrediten auch die Kredite für Investitionen berücksichtigt werden und danach stehe der Landkreis relativ gut da. Gründe hierfür seien die allgemein gute wirtschaftliche Entwicklung, die sich auch in den Gemeinden durch höhere Gewerbesteuererinnahmen bemerkbar mache und die erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen des Landkreises, auch wenn die Sparbemühungen in den zurückliegenden Jahren zum Teil schmerzhaft gewesen seien. Auch die Änderung im niedersächsischen Finanzausgleich mache sich positiv bemerkbar. Die Wiedereinführung des Flächenfaktors bringe dem Landkreis Mehreinnahmen von ca. 3 bis 6 Millionen Euro. Ein weiterer wesentlicher Unterschied sei der erstmalige doppische Haushalt. Die Umstellung sei mit einem großen Aufwand verbunden gewesen, wofür er dem Landrat und der Verwaltung Dank ausspreche. Der neu gewonnene finanzielle Spielraum müsse auch genutzt werden, um die Gemeinden durch eine Senkung der Kreisumlage zu entlasten. Das von der Verwaltung vorgelegte Zukunftsprogramm sehe neben einer weiteren Senkung der Kreisumlage auch die Fortführung der Entschuldung des Landkreises vor. Die für 2008 vorgesehene Kreisumlagesenkung um zwei Punkte, die mit allen Hauptverwaltungsbeamten abgestimmt sei, hätte zwar auch höher ausfallen können, aber ein weiterer Schuldenabbau sei zunächst wichtiger. Auf der Ausgabenseite sei die Erhöhung der Investitionsmaßnahmen bei der Sportstättenförderung positiv zu vermerken. Damit könnten die vorliegenden Zuwendungsanträge abgearbeitet und neue Anträge zukünftig zeitnaher bewilligt werden. Wichtig sei auch, dass im Bereich der Kreisstraßen für Unterhaltung und bauliche Tätigkeit mehr Mittel aufgewendet würden. Die Kreisstraßen müssten auch in Zukunft in einem guten Zustand erhalten werden. Zur Verbesserung des Angebotes für Familien und Kinder unternehme der Landkreis weitere Anstrengungen zum Abbau der noch bestehenden Defizite bei den Betreuungsangeboten. Er appelliere an die Mitglieder des Kreistages, sich in ihren Gemeinderäten für einen weiteren Ausbau des Angebotes an Krippenplätzen einzusetzen. Die Bereitstellung der Mittel für die Anschlussstelle Elsdorf und die Förderung des Theaters Metronom seien sehr wichtig. Die Förderung der Gedenkstätte Lager Sandbostel werde von der FDP-Fraktion ausdrücklich unterstützt. Im Bereich des ÖPNV fehle es an einem Gesamtkonzept für den Landkreis. Positiv sei, dass die Schnellbuslinien Gnarrenburg bzw. Zeven-Tarmstedt nach Bremen unterstützt würden. Es dürften keine leeren Busse finanziert werden, wichtig sei die Erreichbarkeit der Ortschaften. Eine Vernetzung und Koordinierung der Angebote sei eine wesentliche Aufgabe für die kommenden Jahre. Er bedanke sich für die Arbeit in den Ausschüssen. Leider werde es im Kreistag voraussichtlich kein einstimmiges Votum geben. Nach seiner Ansicht würden durch die von der SPD-Fraktion geforderte Erhöhung der Transferaufwendungen an die Gemeinden im Bereich Kindertagesstätten keine zusätzlichen Plätze geschaffen, sondern vielmehr vorrangig zur finanziellen Entlastung der Gemeinden beigetragen. Weil ein Fortgang der bisherigen konjunkturellen Entwicklung nach derzeitigem Stand keineswegs sicher sei, sollten nicht zuviel Anstrengungen auf einmal un-

ternommen werden, sondern solide Entscheidungen, ggf. gemeinsam mit den Gemeinden, getroffen werden. Er bitte um Zustimmung zum Haushalt.

Abg. Twesten meint, durch die verbesserten konjunkturellen Rahmenbedingungen und die Wiedereinführung des Flächenfaktors im Finanzausgleich habe sich erstmals wieder eine bessere Haushaltsentwicklung ergeben. Damit hätten einige Akzente gesetzt werden können. Auch den kommenden Generationen sei man eine Konsolidierung der Finanzen schuldig, allerdings bedeute dies nicht nur Schuldenabbau sondern auch Investitionen. Im Bereich des ÖPNV seien Verbesserungen nötig. In Anbetracht des demographischen Wandels würden in Zukunft größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Bürgerinnen und Bürgern Mobilität zu gewährleisten. Wichtig sei ein Gesamtkonzept für den ÖPNV, wozu auch innovative Ideen erarbeitet und umgesetzt werden müssten. Ein bedeutender Aspekt hierbei sei der Beitritt zum HVV. Zwar sei es in Ordnung, Mittel zu sparen um Investitionen zu tätigen. Es reiche aber nicht, Schulen nur mit Baumaßnahmen zu bedenken, sondern hierzu gehörten auch neue Angebote und eine entsprechende Personalausstattung. Auch im wichtigen Bereich frühkindliche Entwicklung und Bildung reichten für den Ausbau der Ganztagsbetreuung Baumaßnahmen allein nicht aus. Die Kommunen dürften mit den Personalproblemen nicht allein gelassen werden. Auch der wachsenden Kinderarmut müsse begegnet werden. Weil eine Förderung des Vereins Tandem nach ihrer Ansicht ein sozialpolitisches Signal gewesen wäre, stimme ihre Fraktion diesem Antrag der SPD zu. Die Erhöhung der Kindertagesstättenförderung für die Gemeinden sei zu begrüßen. Aber allein die Weitergabe der Einsparung durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr sei nicht genug. Es seien weitere Anstrengungen nötig. Die nicht durch Rückstellungen gedeckte Nachzahlung von 3 Millionen Euro an die Stadtreinigung Hamburg hätte der Landkreis gut gebrauchen können. Abschließend nennt sie einige Akzente für die kommenden Jahre, wie die Beteiligung des Landkreises an der Metropolregion Hamburg. Dort ließe sich mehr bewirken, aber der Landkreis könne nach wie vor nicht genau definieren, wofür der gezahlte hohe Beitrag verwendet werde. Die Einrichtung eines Logistikzentrums an der Anschlussstelle Elsdorf sei wichtig. Sie hoffe, dass alle Fraktionen zu Gesprächen hierüber bereit seien. Im Bereich Klimaschutz müsse eine fortschrittliche Umweltpolitik mit Energiesparmaßnahmen betrieben werden. Ihre Fraktion werde diese Akzente in den kommenden Jahren weiter verfolgen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE stimme der weiteren Konsolidierung, den notwendigen Investitionen und dem Haushalt insgesamt zu. Abschließend dankt auch sie der Verwaltung für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes.

Abg. Steppat nimmt für die WFB-Fraktion zum Haushalt Stellung. Das im Finanzausschuss vorgestellte Zukunftsprogramm der Verwaltung sehe vor, in den kommenden Jahren die Schulden zu halbieren und die Kreisumlage auf 47 Punkte zu senken. Dieses sei ein gutes Konzept und mit allen Hauptverwaltungsbeamten abgesprochen. Dabei habe auch Konsens darüber bestanden, auf ggf. veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können. Wichtig sei, dass die Seniorenveranstaltungen wieder gefördert würden, die Sportstättenförderung ausgebaut werde und die Zahlung an die Gemeinden für den Kindertagesstättenausbau auf 235.000 Euro aufgestockt werde. Bei einer Veränderung könne hier evtl. mit einem Nachtragshaushalt reagiert werden. Auch wichtig seien die Förderung für das Theater Metronom und die Gedenkstätte Lager Sandbostel. Damit werde im Landkreis den Vorkommnissen im ehemaligen Kriegsgefangenenlager gedacht und ein Beitrag zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit geleistet. Nicht zufrieden sei er damit, dass die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Kürzungen bei den Zuschüssen für den Heimatbund Rotenburg und den Heimatverein Scheeßel nicht zurückgenommen wurden. Deswegen beantrage er für die WFB-Fraktion, diese Kürzungen zurückzunehmen und die Zuschüsse wieder auf die Beträge aus dem Jahr 2006 festzusetzen. Unabhängig vom Ergebnis dieses Antrages werde die WFB-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Hierzu erklärt **Abg. Bargfrede**, weder der Heimatbund Rotenburg noch der Heimatverein Scheeßel hätten für 2008 höhere Zuschüsse des Landkreises beantragt, sondern kämen offenbar mit den vorhandenen Mitteln aus. Eine Erhöhung müsse evtl. für das Jahr 2009 im Auge behalten werden. Eine Senkung der Kreisumlage auf 47 Punkte und ein Schuldenabbau auf unter 50 Mio. Euro in den nächsten fünf Jahren könne erreicht werden, wenn die

wesentlichen Eckpunkte des Haushalts konstant blieben. Wichtige Faktoren seien dabei auch die Landespolitik und dass die umstrittene Flächenkomponente im Finanzausgleich bestehen bleibe. Mit der vollen Weitergabe der Einsparung durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr würden den Gemeinden Mittel zum Ausbau des Angebots an Krippenplätzen zur Verfügung gestellt. Die Abschaffung der Bezirksregierungen habe sich für den Landkreis positiv ausgewirkt. Es seien 72 Einzelaufgaben vom Land an die Landkreise übertragen worden. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme) hätten sich daraus 7,6 Stellenanteile ergeben, für die vom Land ein Ausgleich zu den Personalkosten von ca. 418.000 Euro gezahlt werde. Schwerpunkte der Haushaltsberatungen seien die Förderung der Seniorenveranstaltungen, die Sportstättenförderung und die Sanierung der Kreisstraßen gewesen.

Eine weitere Senkung der Kreisumlage müsse aus Sicht des Landkreises vorsichtig betrachtet werden. Das Zukunftsprogramm des Landkreises werde von den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden mitgetragen. Bei der Förderung der Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich lägen die Vorstellungen der CDU/FDP-Gruppe und der SPD-Fraktion nur wenig auseinander. Die Zuwendungen in diesem Bereich seien zum Teil bereits erhöht und in keinem Fall gekürzt worden. In allen Institutionen werde die Arbeit mit den angemessenen und sachgerechten Ansätzen fortgeführt werden können. Zum Abschluss gebe er zu bedenken, dass die SPD-Fraktion mit einer Ablehnung des Haushaltsentwurfs z. B. auch gegen eine Senkung der Kreisumlage, den weiteren Abbau der Verschuldung und die Erhöhung der Sportstättenförderung stimme.

Nachdem **Abg. Brunkhorst** sich bei der Verwaltung für die Vorarbeit und bei den Mitgliedern der Fachausschüsse für die behutsame Vorgehensweise bei den Ausgaben bedankt hat, bringt er seine Besorgnis über den hohen Schuldenstand des Landkreises zum Ausdruck. Erfreulich sei, dass 2008 ein weiterer Abbau der Schulden erfolge. Er hoffe, dass dies auch weiterhin gelinge und der Landkreis seinen Haushalt in Zukunft immer ausgleichen könne. Er werde dem Haushalt 2008 zustimmen, die veranschlagten 40.000 Euro für die Gedenkstätte Lager Sandbostel lehne er jedoch ab.

Landrat Luttmann erklärt, er freue sich über einen ausgeglichenen Haushalt und den ersten Haushaltsplan in doppischer Form. Nachdem es gelungen sei, innerhalb eines Jahres das Defizit abzubauen, verfüge der Kreistag wieder über mehr politischen Gestaltungsspielraum. Die Chance zu einem echten Schuldenabbau werde der Landkreis in dieser Form voraussichtlich nicht wieder bekommen. Zum ÖPNV im Landkreis habe der Kreistag den Nahverkehrsplan beschlossen. Der Landkreis müsse hierbei auch eine Ausgleichsfunktion wahrnehmen. Deswegen dürften nicht nur die Bereiche Zeven, Sottrum oder Rotenburg betrachtet werden, sondern es müsse auch eine Anbindung z. B. der Stadt Visselhövede oder der Samtgemeinde Geestequelle berücksichtigt werden. Er bedanke sich bei den Abgeordneten für den verantwortungsvollen Umgang mit dem vorhandenen finanziellen Spielraum. Bis auf die Abstimmung im Ausschuss für Sport und Kultur habe es nur einstimmige Empfehlungen der Fachausschüsse zum Haushaltsentwurf gegeben. Deswegen habe ihn das Abstimmungsergebnis in der Finanzausschusssitzung am 04.12.2007 überrascht. Im Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales seien zwei Anträge der SPD-Fraktion beraten worden. Der Wiederaufnahme der Förderung von Seniorenveranstaltungen wurde in der vom Seniorenbeirat beantragten Höhe zugestimmt und die in der heutigen Sitzung erneut beantragte Gewährung eines Zuschusses für die Werkstatt für behinderte Menschen in Badenstedt in Höhe von 20.000 Euro wurde mehrheitlich abgelehnt. Es handele sich hierbei um eine bereits abgeschlossene Maßnahme. Eine nachträgliche Förderung käme nicht den betreuten Menschen zugute, sondern würde zu einer Kapitalaufstockung der Einrichtung beitragen. Zu den weiteren Anträgen der SPD-Fraktion sei anzumerken, dass die Selbsthilfegruppe „Opfer sexueller Gewalt“ nach seiner Kenntnis noch nicht einmal zusammengekommen sei. Der Verein Tandem e. V. verfüge für sein Angebot „Bremervörder Tafel“ in erster Linie über private Sponsoren. Wenn die Leistungen für das Arbeitslosengeld II vom Bund möglicherweise zu niedrig angesetzt seien, könne nicht der Landkreis mit einer Förderung einspringen. Im Sozial- und Jugendbereich beliefen sich die eigenen Aufwendungen des Landkreises nach Abzug der Erstattungen von Bund und Land noch auf ca. 41 Millionen Euro, wobei es sich im wesentlichen um Mittel für gesetzliche Ansprüche handele. Der Landkreis fördere die Einrichtung von Jugendwerkstätten, die Mittel für die Schuldnerberatung seien aufgestockt wor-

den, auch Seniorenveranstaltungen würden wieder gefördert. Insgesamt sei lediglich ein Betrag von ca. 24.000 Euro für einzelne Maßnahmen strittig. Zum Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Transferleistungen an die Gemeinden zum Ausbau der Kindertagesstätten sei anzumerken, dass es im Landkreis in diesem Bereich zwar durchaus Defizite gebe, aber bestimmte Leistungen in den letzten Jahren nicht nachgefragt worden seien. In Anbetracht der hohen Zuzugsrate und der im Bundesdurchschnitt hohen Geburtenrate könne die Attraktivität des Landkreises für Kinder und Familien nicht so schlecht sein. Im übrigen seien im Jahr 2008 aus einem Bundesprogramm erhebliche Mittel für den Ausbau von Krippenplätzen zu erwarten. Im Rahmen der Beratung im Jugendhilfeausschuss habe die SPD-Fraktion ihren Antrag zunächst zurückgezogen, in der Finanzausschusssitzung am 04.12.2007 sei der Antrag dann mit einer anderen Zielrichtung erneut gestellt worden. Eine weitere Senkung der Kreisumlage zur finanziellen Entlastung der Gemeinden käme für das Jahr 2008 nicht in Betracht, da der Landkreis die Mittel selbst für eigene dringende Aufgaben wie den ÖPNV oder die Sanierung der Kreisstraßen benötige. Insgesamt zeige der vorliegende Haushalt das große soziale Engagement des Landkreises, auch ohne die von der SPD-Fraktion beantragten Änderungen.

Abg. Wölbern erklärt, Ziel des SPD-Antrages sei gewesen, den Kommunen Mittel für einen zügigeren Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder bereitzustellen. Die prozentuale Senkung der Kreisumlage führe bei den kreisangehörigen Gemeinden nicht zu einer tatsächlichen finanziellen Entlastung. Im ÖPNV dürften selbstverständlich keine leeren Busse finanziert werden. Dies sei eine Frage der Taktung, des Angebotes und der Preise. Auch ein Beitritt des Landkreises zum HVV bzw. VBN müsse weiter verfolgt werden. Den beschlossenen Nahverkehrsplan allein halte er in Zukunft nicht für ausreichend. Im sozialen Bereich seien auch kleine Beträge für manche Einrichtungen oder Menschen durchaus von großer Bedeutung und im Kreistag ein Zeichen für grundsätzliche Differenzen zwischen den Fraktionen. Erfreulich sei dagegen die Entwicklung in Sachen Gedenkstätte Lager Sandbostel. Abschließend erklärt er, wenn die SPD-Fraktion den Haushalt ablehne, dann wegen ihrer anders gesetzten Schwerpunkte.

Abg. Hüchting erklärt, er werde dem Haushalt zustimmen, weil die im Zukunftsprogramm vorgesehene finanzielle Gesundung des Landkreises wichtig sei. Einem Betrag von 3,7 Millionen Euro an Investitionen im Bereich Straßenbau ständen ca. 7,3 Millionen Euro an Abschreibungen gegenüber (*Anmerkung der Verwaltung: Die Auflösung von Sonderposten in Höhe von ca. 1,7 Millionen Euro sowie die Unterhaltungsaufwendungen von rd. 1,5 Millionen Euro müssten in die Betrachtung einbezogen werden*). Dies zeige, dass der Landkreis über seine Verhältnisse lebe. Es werde eine Menge Geld kosten, das Straßennetz bei zurückgehender Bevölkerung im jetzigen Zustand zu erhalten. Den ÖPNV im Landkreis bezeichne er als Chaos. Es müsse bedacht werden, dass gut ausgebaute Straßen die Nachfrage bei öffentlichen Verkehrsmitteln beeinträchtigen könnten. In den Schulgebäuden seien Energiesparmaßnahmen dringend notwendig. Den Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung der Zuwendung an die Gemeinden für Kindertagesstätten halte er für richtig. In den Gemeinden müsse die Nachfrage nach entsprechenden Betreuungsangeboten geweckt werden. Bei den Kosten der Müllverbrennung sehe er noch Belastungen auf den Landkreis zukommen. Es treffe zwar zu, dass die Angelegenheit für den Landkreis teurer geworden wäre, wenn sich seine Fraktion mit ihrem Antrag auf Auflösung der gebildeten Rückstellungen durchgesetzt hätte, aber der Gebührenzahler habe einen Anspruch auf eine zeitnahe Kalkulation der Gebühren. Abschließend weist er darauf hin, dass der Verein Tandem mit der Bremervörder Tafel eine wichtige Arbeit leiste und weitere Unterstützung verdiene. Auch er begrüße die Entwicklung in Sachen Gedenkstätte Lager Sandbostel.

Auf Nachfrage des **Abg. Kackmann** zur Weitergabe der Einsparung durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr an die Gemeinden erklärt **Landrat Luttmann**, die Mittel würden den Gemeinden für den Ausbau des Angebotes an Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt. Eine darüber hinausgehende Entlastung habe er zu keinem Zeitpunkt zugesagt.

Danach erfolgt die Abstimmung über die vom Abg. Helberg für die SPD-Fraktion gestellten Einzelanträge zum Haushalt:

Eine Erhöhung des Zuschusses für die Lebensmittelausgabe des ev.-luth. Kirchenkreises Rotenburg (Wümme) um 500 Euro wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Anhebung des Zuschusses an den Verein Tandem e. V. für den sozialen Betrieb um 1.500 Euro wird mehrheitlich abgelehnt.

Ebenso mehrheitlich abgelehnt wird die Erhöhung des Zuschusses an den Verein Tandem e. V. für die Bremervörder Tafel um 1.500 Euro.

Die Gewährung eines Zuschusses an die Selbsthilfegruppe „Opfer sexueller Gewalt“ in Höhe von 600 Euro wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag auf Bereitstellung eines Zuschusses für die Werkstatt für Behinderte Badenstedt in Höhe von 20.000 Euro wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Erhöhung der Transferaufwendungen zum Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ auf 2,5 Millionen Euro wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag auf Festsetzung der Kreisumlage auf 51 Punkte der Umlagegrundlagen wird mehrheitlich abgelehnt.

Danach erfolgt die Abstimmung über den vom Abg. Steppat für die WFB-Fraktion gestellten Antrag auf Rücknahme der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Kürzungen der Zuschüsse an den Heimatbund Rotenburg (Wümme) und den Heimatverein Scheeßel. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt Kreistagsvorsitzender Brünjes über den schriftlich vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2008 mit dem Haushaltsplan 2008 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sowie dem Investitionsprogramm und dem Stellenplan 2008 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	15
Enthaltung:	1

Abg. Riebesehl verlässt die Sitzung um 13.05 Uhr.

Punkt 17 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 17.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2313.940000 - Baukosten, LK-Anteil (150), Gymnasium Sottrum
Vorlage: 2006-11/0376**

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2313.940000 (Baukosten, LK-Anteil (151) in Höhe von 2.065.000,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 17.2 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2311.946000 - Baukosten, LK-Anteil (151), Ratsgymnasium Rotenburg (Wümme), Außenstelle Visselhövede**
Vorlage: 2006-11/0319

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2311.946000 (Baukosten, LK-Anteil (151) in Höhe von 305.000,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 17.3 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2810.940000 - Baukosten, LK-Anteil (153), KGS Tarmstedt**
Vorlage: 2006-11/0375

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2810.940000 (Baukosten, LK-Anteil (153) in Höhe von 630.000,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 17.4 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 7201.715000 - Verzinsung Forderung Abfallwirtschaft**
Vorlage: 2006-11/0379

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 7201.715000 (Verzinsung Forderung Abfallwirtschaft) in Höhe von 18.400,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 17.5 der Tagesordnung: **Unterrichtung**
Vorlage: 2006-11/0299/1

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung: **Verwendung des Ergebnisses des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2005**
Vorlage: 2006-11/0373

Beschluss:

Der Jahresüberschuss des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2005 (69.572,89 €) wird mit Verlustvorträgen aus Vorjahren (- 33.750,34 €) verrechnet. Der Überschussbetrag (35.822,55 €) wird auf das Wirtschaftsjahr 2006 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Betrieb Rettungsdienst: Jahresabschluss 2006/Ergebnisverwendungsbeschluss**
Vorlage: 2006-11/0354

Beschluss:

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 264.849,43 € ist mit der Gebührenausgleichsrücklage zu verrechnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 50
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Punkt 20 der Tagesordnung: **Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2005 des Landkreises Rotenburg (W.)**
Vorlage: 2006-11/0290

Abg. Holsten erklärt, der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 sei in der Sitzung des Prüfungsausschusses am 19.09.2007 eingehend beraten worden. Er weist auf die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse zur Erteilung der Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2005 hin.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i.V.m. § 101 Abs. 1 NGO die Jahresrechnung einschließlich der Sonderrechnung des Betriebes Abfallwirtschaft des Landkreis Rotenburg (W.) für das Haushaltsjahr 2005 anzunehmen und dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung die Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 4

Punkt 21 der Tagesordnung: **Zuständigkeit in Personalangelegenheiten**
Vorlage: 2006-11/0258/1

Abg. Dreyer erklärt, die SPD-Fraktion werde den Beschlussvorschlag zu a) mittragen.

Auf seine Anregung hin wird über die Punkte a) und b) getrennt abgestimmt.

Beschluss zu a):

Der Kreistag überträgt die Zuständigkeit für die Ernennung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung von Beamten der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 in der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes auf den Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 50
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Beschluss zu b):

Der Kreistag überträgt die Zuständigkeit für die Ernennung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung von Beamten der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes und der Beamtenanwärter/innen auf den Landrat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	15
Enthaltung:	1

Punkt 22 der Tagesordnung: **Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten**
Vorlage: 2006-11/0309

Abg. Pape weist auf die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse sowohl im Fachausschuss als auch im Kreisausschuss hin. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung habe Anfang 2007 beschlossen, das Verfahren zur Aufhebung von 79 Landschaftsschutzgebieten im Landkreis Rotenburg (Wümme) einzuleiten. Es handele sich hierbei um Gebiete, die zu meist bereits in den 1930er Jahren ausgewiesen worden seien und nunmehr keines besonderen Schutzes mehr bedürften. In einem ersten Schritt sollten nun 22 Landschaftsschutzgebiete aufgehoben werden. Im Rahmen des Verfahrens seien sowohl die betroffenen Gemeinden beteiligt worden als auch eine öffentliche Auslegung des Verordnungsentwurfes erfolgt. Auch nach der Aufhebung als Landschaftsschutzgebiet würden für einige der betroffenen Gebiete andere gesetzliche Schutzvorschriften gelten. Dies müsse der Bevölkerung noch vermittelt werden. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Auch **Abg. Kullik** spricht sich für eine Aufhebung der vorgesehenen 22 Landschaftsschutzgebiete aus. Zum Teil gebe es diese Gebiete in dem damaligen Zuschnitt nicht mehr. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass in Zukunft auch wieder neue Landschaftsschutzgebiete im Landkreis ausgewiesen würden.

Beschluss:

Die Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten wird in der anliegenden Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 23 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.12.2007:
Sachstandsbericht des Landrates zum Konflikt mit der
SRH über die Kosten der Müllverbrennung
Vorlage: 2006-11/0381**

Landrat Luttmann erklärt, er gehe davon aus, dass die Anfrage der SPD-Fraktion mit den an die Abgeordneten als Tischvorlage verteilten Informationen umfassend beantwortet worden sei.

Abg. Wölbern bedankt sich beim Landrat für diese Ausführungen. Die Angelegenheit werde den Kreistag in Zukunft noch beschäftigen.

Punkt 24 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Ringe spricht den Fall einer allein erziehenden Mutter aus der Samtgemeinde Geestquelle an. Die Frau erhalte Leistungen der Grundsicherung vom Landkreis, einem ihrer Kinder werde aufgrund des festgestellten besonderen Förderbedarfs Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gewährt. Das Kind müsse in einem Integrationskindergarten betreut werden. Ein entsprechender Platz stehe im Nachbarort zur Verfügung, die Mutter könne jedoch ihr Kind nicht täglich zum Kindergarten fahren. Weil keine andere Lösung gefunden werden konnte habe er sich im August 2007 dazu entschieden persönlich dafür zu bürgen, dass das Kind den Kindergarten besuchen könne. Jetzt müsse eine Entscheidung über den Fortgang der Angelegenheit getroffen werden. Er möchte wissen, welche Entscheidung er der Mutter mitteilen könne.

Landrat Luttmann verweist auf die bisherigen Gespräche. Er werde sich noch einmal nach dem Sachstand erkundigen.

Abg. Wölbern regt an, auch für die erste Reihe der Abgeordnetenplätze eine „Verblendung“ an der Vorderseite der Tische anzubringen.

Die **Abg. Rudolph, Ehlen** und **Klee** verlassen die Sitzung um 13.20 Uhr.

Punkt 25 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzender Brünjes beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer